

AUSGABE 8 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Mehr Wohnraum in Städten erfordert Maßnahmenbündel von Bund und Ländern

Digitalisierung an Schulen: Städtetag fordert Digitalpakt 2.0

Konferenz der ostdeutschen Städte im Deutschen Städtetag in Gera

Städetagspräsident gratuliert zu 50 Jahren Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

AUS DEN STÄDTEN

Bochum: Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet

Frankfurt am Main: 14. Europäisches Filmfestival der Generationen

Duisburg: App informiert Jogger und Radfahrende über Baukultur

FORUM

Kommunale Wärmeplanung – keine Kleinigkeit

Mehr Wohnraum in Städten erfordert Maßnahmenbündel von Bund und Ländern

Die Städte appellieren an Bund und Länder, sich gegen die Krise im Wohnungsbau zu stemmen und schlagen ein kurzfristiges Maßnahmenbündel vor. Dabei komme es nicht nur auf mehr Neubau an, auch Bestandswohnungen müssten als Sozialwohnungen nutzbar gemacht und Wohnraum durch Wohnungstausch besser verteilt werden. Nach der Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 13. September in Neubrandenburg sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster:

„Immer weniger Sozialwohnungen, drastisch steigende Baukosten und eine hohe Nachfrage sind eine gefährliche Mischung. Der Wohnungsbau legt gerade eine Vollbremsung hin, weil es sich derzeit für niemanden rechnet, neue Häuser oder Wohnungen zu bauen. Dieser Mangel trifft viele. Studierende, Alleinerziehende mit Kindern, geflüchtete Familien, aber auch Menschen mit mittlerem Einkommen finden kaum eine bezahlbare neue Wohnung. Mit Neubau allein lässt sich das Problem nicht lösen, auch Bestandswohnungen müssen in den Blick genommen werden. Außerdem müssen Bund und Länder bessere Rahmenbedingungen schaffen und auch mit finanziellen Mitteln dagegen steuern, um eine Kehrtwende zu schaffen.“

Steigende Baukosten, Lieferkettenprobleme, Inflation, Zinsanstieg sowie die große Nachfrage nach kleinen Wohnungen durch immer mehr Einzelhaushalte sind Ursachen für Wohnungsmangel und stockenden Wohnungsbau. Viele Projekte sind unter diesen Rahmenbedingungen für Investoren und private Bauwillige nicht mehr realisierbar. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen im ersten Halbjahr 2023 ist um gut 27 Prozent eingebrochen und die Krise verschärft sich von Tag zu Tag. 2022 sind lediglich 22.500 neue Sozialwohnungen fertiggestellt worden, kaum ein Viertel des politischen Ziels der Bundesregierung. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach günstigem Wohnraum enorm – auch durch Flucht und Migration.

„Die Städte ziehen alle Register. Sie stellen Bauland bereit, sorgen für Nachverdichtung, haben Baulandmodelle zur sozialgerechten Bodennutzung entwickelt, schließen mit Investoren städtebauliche Verträge, verabreden Sozialbindungen und unterstützen Genossenschaften. Alle haben wir das Ziel, das Wohnen für einkommenschwache Haushalte erschwinglich zu halten – trotz steigender Mieten und sinkendem Sozialwohnungsbestand. Aber mit dem vorhandenen Instrumentarium laufen wir immer häufiger ins Leere. Deshalb müssen



Foto: Tobias Fricke

Bund und Länder kurzfristige Lösungen neu prüfen und umsetzen. Die Regelungen zum Vorkaufsrecht sollten überarbeitet und das Vorkaufsrecht in sozialen Erhaltungsgebieten zum Quartierschutz wieder anwendbar gemacht werden. Außerdem müssen Bestandswohnungen häufiger als Sozialwohnungen nutzbar gemacht und bereits vorhandener Wohnraum durch Wohnungstausch besser verteilt werden. Dafür brauchen wir ein ganzes Maßnahmenbündel, damit die Städte wieder handlungsfähig werden“, forderte Lewe.

In den Städten leben etwa 15 Prozent der Menschen in zu kleinen, überbelegten Wohnungen. Gleichzeitig leben vor allem ältere Menschen in sehr großen Wohnungen. Ein Umzug unter Neuvermietungsbedingungen lohnt sich für sie nicht und bremst kommunale Initiativen zum Wohnungstausch aus. Instrumente für eine bessere Verteilung bezahlbaren Wohnraums sollten geprüft werden. Lösungen können eine Fehlbelegungsabgabe oder auch Anreize zum Wohnungstausch sein.

Der Königsweg für mehr Wohnungsbau bleibe, Bauland im Schulterschluss von Städten, Grundstückseigentümern sowie Projektträgern zu entwickeln. Falls das nicht gelinge, müssten die Städte aber praxisnah handeln können. „Das Baugebot muss bei der anstehenden Novelle des Baugesetzbuches konsequent vereinfacht und praxisgerecht ausgestaltet werden. Außerdem brauchen wir Investitionszuschüsse für Wohnungsbau-träger, die dazu beitragen, die von der Bundesregierung ins Auge gefassten 100.000 Sozialwohnungen zu errichten. Allein auf die steuerliche Abschreibung im Wohnungsbau zu setzen, garantiert nicht, dass an den richtigen Standorten die passenden Wohnungen errichtet werden. Zudem wäre die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft außen vor, da sie ohne Gewinne nichts abschreiben können“, so Lewe.

Konkrete Maßnahmen für mehr Wohnungen sind:

- Baugebot vereinfachen und bereits erprobtes Innenentwicklungsmaßnahmegebiet (IEM) im Baugesetzbuch ergänzen, damit im Stadtgebiet verteilte, ungenutzte Flächen endlich bebaut werden (Maßnahme des Bündnisses für „Bezahlbares Wohnen und Bauen“).
- deutlich mehr Mittel von Bund und Ländern für sozialen Wohnungsbau. Investitionszuschüsse für Wohnungsbau-träger, die Sozialwohnungen errichten, für das Ziel von jährlich 100.000 Sozialwohnungen.
- Vorkaufsrechte auf alle Grundstücke im Gemeindegebiet ausweiten sowie Vorkaufsrecht in sozialen Erhaltungsgebieten zum Quartierschutz wieder rechts-sicher ausgestalten.
- Leerlaufen des Vorkaufsrechts bei Grundstücksübertragungen in Share Deals beenden.
- optionale Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen prüfen (Beispiel Hessen und Rheinland-Pfalz).
- effektivere Instrumente zur besseren Verteilung von Bestandswohnungen finden, stärkere Anreize zum Wohnungstausch setzen.

Digitalisierung an Schulen: Städtetag fordert Digitalpakt 2.0

Die Städte fordern von der Bundesregierung, den im Koalitionsvertrag angekündigten Digitalpakt 2.0 als Nachfolger des Digitalpakts Schule endlich aufzulegen. Sonst droht ab 2024 eine Finanzierungslücke für die Digitalisierung an Schulen. Bund, Länder und Kommunen müssen außerdem ein gemeinsames Zielbild entwickeln, wie digitales Lernen 2030 aussehen und dauerhaft finanziert werden soll. Nur so können die Städte verlässlich planen, investieren und allen Schülerinnen und Schülern bundesweit gleiche Bildungschancen ermöglichen.

„Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass unsere Schulen nicht zu digitalen Investitionsruinen werden.“

Silvio Witt
Präsidiumsmitglied des
Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der Stadt
Neubrandenburg

Nach einer Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 13. September in Neubrandenburg sagte das Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Silvio Witt aus Neubrandenburg: „Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass unsere Schulen nicht zu digitalen Investitionsruinen werden. Mit den Mitteln aus dem Digitalpakt konnten die Schulen für schnelles WLAN sorgen und

digitale Endgeräte wie Tablets oder digitale Tafeln anschaffen. Die technische Infrastruktur an den Schulen hat sich deutlich verbessert. Aber Digitalisierung ist ja mit der einmaligen Anschaffung nicht erledigt, sondern muss weiterlaufen. Infrastruktur und Geräte müssen gewartet und regelmäßig ausgetauscht werden und es braucht eine verlässliche IT-Administration. Diese Folgekosten waren beim Digitalpakt Schule aber praktisch nicht berücksichtigt. Wenn es kein Nachfolgeprogramm für den Digitalpakt gibt, das auch diese Kosten abdeckt, verstauben die angeschafften Tablets irgendwann in der Ecke. Der Bund muss darum seine Zusage aus dem Koalitionsvertrag einhalten und einen Digitalpakt 2.0 auflegen.“

Über den Digitalpakt Schule wurden seit 2019 insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung an Schulen bereitgestellt. Die meisten Mittel sind bereits in Projekten gebunden. Der Digitalpakt Schule läuft im Mai 2024 aus – das Bundesbildungsministerium hat aber bereits mitgeteilt, dass der Digitalpakt 2.0 frühestens 2025 kommt. Im Bundeshaushalt 2024 sind keine Mittel für einen neuen Digitalpakt eingeplant.

„Dass eine gute digitale Ausstattung für Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler künftig Standard sein sollte, ist Konsens. Niemand in diesem Land will 2030 noch Tafel und Kreide als Mittelpunkt des Klassenzimmers. Das würde auch in keiner Weise modernen und interaktiven Lehr- und Lernkonzepten entsprechen, für die sich Schülerinnen und Schüler auch digital vernetzen und lernen müssen. Wir dürfen kein digitales Entwicklungsland bleiben. Digitali-



sierung der Schulen ist in Zukunft ganz klar eine Daueraufgabe und muss auch dauerhaft finanziert werden. Das Grundproblem von Förderprogrammen wie dem Digitalpakt Schule ist doch, dass sie eine begrenzte Laufzeit haben. Und die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern für das Folgeprogramm Digitalpakt 2.0 scheinen aktuell auf Eis zu liegen. Wir können aber Schülerinnen, Schülern und Eltern doch nicht sagen, dass nach 2024 erstmal Schluss ist mit digitaler Schule“, erklärte Witt.

Für die digitale Ausstattung als Standard schulischen Lernens braucht es eine Roadmap für die kommenden Jahre, die den Städten Planungssicherheit gibt und mit einer Regelfinanzierung verbunden ist. Witt sagte: „Wir müssen klären, wie digitales Lernen 2030 und darüber hinaus aussehen soll. Bund und Länder müssen sich gemeinsam mit den Kommunen als Schulträger auf ein Zielbild verständigen. Wenn wir das haben,

brauchen wir eine Roadmap, in welchen Bereichen wir investieren müssen und welche Mittel wir dafür benötigen. Wenn es dann keine weitere Förderung vom Bund gibt, sind die Länder in der Pflicht. Die Kommunen können die Kosten nicht alleine stemmen. Ein gemeinsames Zielbild für digitales Lernen der Zukunft ist außerdem wichtig, weil wir nicht immer nur übers Geld, sondern endlich auch über moderne pädagogische Konzepte und mehr Bildungsgerechtigkeit sprechen müssen. Alle Bildungsstudien zeigen, dass wir einen riesigen Nachholbedarf haben, wenn wir allen jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einen guten Start ins Leben ermöglichen wollen. Die Lerndefizite vieler Schülerinnen und Schüler sind ohnehin schon groß. Da können wir es uns bildungspolitisch nicht leisten, dass sie auch noch digital abgehängt werden oder wir in Deutschland einen Flickenteppich bei der Digitalisierung an Schulen haben, je nach Kassenlage der Kommune.“

Konferenz der ostdeutschen Städte im Deutschen Städtetag in Gera

Bei der Konferenz der ostdeutschen Städte im Deutschen Städtetag am 5. September in Gera appellierten die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister an Bund und Länder, die kommunalen Investitionsmöglichkeiten deutlich zu stärken. Der kommunale Investitionsrückstand ist weiterhin riesig. Der Bundeshaushalt 2024 zeigt noch keinen Richtungswechsel hin zu mehr Unterstützung der Städte für Zukunftsinvestitionen.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte dazu: „Der Anteil der Investitionen am kommunalen Gesamthaushalt liegt seit Langem bundesweit im Schnitt bei kaum mehr als 10 Prozent. Das müssen wir ändern, denn der Investitionsrückstand der Städte wächst immer mehr. Wir unterstützen die wichtigen Zukunftsprojekte der Bundesregierung für die Transformation unseres Landes wie Wärmewende, Verkehrswende, Digitalisierung und den Weg hin zur Klimaneutralität ausdrücklich. Die Städte bekommen dabei aber immer mehr Aufgaben zugewiesen und müssen für all das viel

zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Dafür brauchen wir mehr Unterstützung vom Bund.“

Laut KfW-Kommunalpanel lag der Investitionsrückstand der deutschen Kommunen 2022 bei über 165 Milliarden Euro. Eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) hat in der vergangenen Woche allein im Verkehrsbereich einen kommunalen Investitionsbedarf für den Erhalt und die Erweiterung von Schienennetzen, Straßen und ÖPNV von 372 Milliarden Euro bis 2030 aufgezeigt, davon 90 Milliarden für Sanierung und Erhalt der Straßenverkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland und 6 Milliarden Euro für die notwendige Erweiterung



der Straßen- und ÖPNV-Infrastruktur in den ostdeutschen Bundesländern – vor allem in den ostdeutschen Städten.

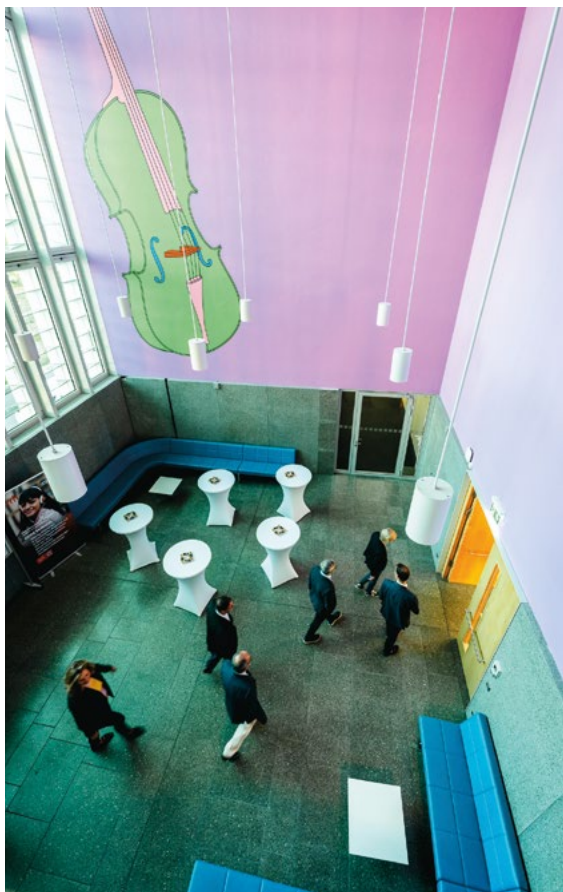
Update für die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

„Vor Ort, in den Städten entscheidet sich, ob die Transformation hin zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität gelingt, um Deutschland zukunftsfest zu machen. Dafür müssen wir in den Städten mehr investieren. Wir brauchen ein Update der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der einfachste Weg wäre ein größerer Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel an der Umsatzsteuer“, sagte Oberbürgermeister Burkhard Jung auf der Konferenz der ostdeutschen Städte im Deutschen Städtetag in Gera. „Bund und Länder müssen den finanziellen Mehrbedarf der Städte endlich anerkennen und uns die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Es ist gut, dass die Bundesregierung mit dem Wachstumschancengesetz die Konjunktur ankurbeln und die Wirtschaft stärken will. Dass durch das Gesetz aber auch den Kommunen in den kommenden Jahren mehr als 7

Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren gehen, ist angesichts unseres Investitionsbedarfs verhängnisvoll. Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat erst in der vergangenen Woche einen Ausgleich der finanziellen Mehrkosten für die Kommunen beim Deutschlandticket über 2023 hinaus abgelehnt. Ohne Finanzierungszusage des Bundes könnte dem Deutschlandticket ab 2024 das Aus drohen. Und auch auf verbindliche Zusagen für eine bessere Finanzierung für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten warten wir immer noch. Wir brauchen endlich ein dauerhaftes System der Finanzierung, dass sich dynamisch den Flüchtlingszahlen anpasst und uns Planungssicherheit gibt. Das müssen Bund und Länder bei ihrem nächsten Treffen im November liefern. Die notwendigen Mittel müssen bereits im Bundeshaushalt 2024 eingestellt werden.“

Daueraufgaben Klimaschutz und Klimaanpassung in den Städten deutlich besser finanzieren

Die ostdeutschen Städte appellieren außerdem an den Bund und die Länder, vor allem kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich stärker mitzufinanzieren. Klimaschutz und Klimaanpassung sind zentrale Zukunftsaufgaben von gesamtgesellschaftlicher Relevanz, die vor allem vor Ort in den Kommunen umgesetzt werden. Das reicht von Maßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie Hitzeschutz oder Starkregenvorsorge, umfasst aber auch die Verkehrswende mit einem stärkeren Ausbau des ÖPNV, die Wärmewende mit kommunaler Wärmeplanung oder Ausbaupläne für erneuerbare Energien.



Fotos: Tony Matysik; cod-gerade

Dazu erklärte Geras Oberbürgermeister Julian Vonarb bei der Konferenz der ost-deutschen Städte im Deutschen Städtetag: „Klimaschutz und Klimaanpassung werden bundesweit Milliarden kosten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau nennt sogar eine Zahl von öffentlichen und privaten Investitionen in einer Größenordnung von fünf Billionen Euro, wenn Deutschland bis 2050 klimaneutral werden will. Und die Umweltministerkonferenz der Länder hat einen Stellenbedarf allein für Maßnahmen der Klimaanpassung von über 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Ländern und Kommunen erhoben. Einen großen Teil der Maßnahmen setzen die Städte vor Ort um. Das sind massive Investitionen, die die Kommunen nicht allein stemmen können. Bund und Länder müssen uns die entsprechenden Mittel bereitstellen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns längst faktisch

Pflichtaufgaben, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen und nachhaltige, lebenswerte Städte zu erhalten.“

Eine bundesweite Verpflichtung, kommunale Klimaschutzkonzepte und Klimaanpassungskonzepte zu erstellen, ist deshalb aus Sicht des Deutschen Städtetages durchaus sinnvoll. Die Städte haben sich längst auf den Weg gemacht und Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung ergriffen. Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgabe würde den Stellenwert und die Bedeutung von Klimamaßnahmen vor Ort noch einmal stärken. „Eine solche Pflichtaufgabe ist aber nur denkbar, wenn die Maßnahmen, die wir vor Ort umsetzen müssen und wollen, auch ausreichend finanziert sind. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, denn viele kommunale Haushalte sind extrem angespannt. Wärmewende, Verkehrswende, Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Mammut-Aufgaben über Jahrzehnte – und realistischerweise in Zukunft sogar Daueraufgaben. Das heißt dann auch, dass wir die Finanzierung auf neue Füße stellen müssen“, sagte Oberbürgermeister Julian Vonarb.

Kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen werden derzeit häufig über Förderprogramme des Bundes oder der Länder finanziert. Der Nachteil für die Städte: Die Förderprogramme sind oft kleinteilig und laufen oft zum Ende einer Wahlperiode aus. Für die Städte gibt es so keine dauerhafte Planungssicherheit, obwohl Klimaschutz und Klimaanpassung Daueraufgaben sind. Außerdem passen die Förderkriterien nicht immer zu den Gegebenheiten vor Ort und die Anträge auf Fördergelder aus diversen Förderprogrammen kosten viel Zeit und binden personelle Ressourcen in den Städten. „Wenn wir bei der Finanzierung über Förderprogramme bleiben, sollten Bund und Länder ihre Förderpolitik neu ausrichten. Die Städte sollten ein festes Budget für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen bekommen, am besten über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren. Das gibt uns Planungssicherheit und wäre gleichzeitig ein unbürokratisches Fördersystem, mit dem wir vor Ort passgenau und flexibel arbeiten können“, so Vonarb.

TITELFOTO

„Schlabbeflicker“ – ein neues Fest für Pirmasens

Pirmasens möchte als Schuhstadt mehr auf sich aufmerksam machen. Anfang August veranstaltete die Stadt deshalb erstmals das „Schlabbeflicker-Festival“, mit Straßenkunst, Partymeile und Höhenfeuerwerk. Der Name geht zurück auf die Zeit nach dem Tod des Pirmasenser Stadtgründers Landgraf Ludwig IX. von Hessen-Darmstadt. Nach Ende der von ihm eingerichteten Residenz und Garnison suchten die Soldatenfamilien neue Erwerbsmöglichkeiten. Aus Uniformresten und Leder wurden die ersten „Schlabbe“ gefertigt und im ganzen süddeutschen Raum verkauft. Die Anfänge der traditionsreichen Schuh-Industrie.

➤ www.pirmasens.de

(Foto: Stadt Pirmasens, Tim Ruhstorfer)

Foto: Paul-Philipp Braun



„Mit seinem Mix aus Forschung, Beratung, Weiterbildung und Vernetzung trägt das Difu entscheidend dazu bei, dass sich die Städte in Deutschland positiv weiterentwickeln.“

Markus Lewe,
Präsident des Deutschen
Städtetages und Oberbürger-
meister der Stadt Münster

Städtetagspräsident gratuliert zu 50 Jahren Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Von Markus Lewe

Wie gestalten wir in der Kommunalpolitik nachhaltige, lebenswerte und zukunftsfähige Städte von morgen? Wie bewältigen wir die Mobilitäts- und Energiewende, schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum und gleiche Bildungschancen, werden resilienter gegen Extremwetter oder nutzen die Chancen der Digitalisierung?

Seit seiner Gründung 1973 unterstützt das Deutsche Institut für Urbanistik die Städte bei der Suche nach dafür passgenauen Antworten. Das ist heute wichtiger denn je, denn wir stehen vor Jahrzehnten mit fundamentalen Transformationsprozessen. Und diese Transformation wird vor Ort gestaltet, bei uns in den Städten. Dafür werden wir in Zukunft immer häufiger gewohnte Pfade verlassen und neue Wege wagen müssen. Die Arbeit des Difu war und ist dafür immer ein guter Kompass.

Basierend auf unabhängiger Forschung und wissenschaftlichen Erkenntnissen, gleichzeitig sehr praxisnah, berät das Difu Städte, Verwaltungen und Politik. Im Fokus stehen

oft aktuelle Themen, in jüngerer Vergangenheit etwa rund um die Coronapandemie, die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, Klimaschutz und Klimaanpassung, Kreislaufstadt und Nachhaltigkeitsziele oder die Kommunalfinzen. Vielfach bezieht das Difu mit ganzheitlichen und integrierten Handlungsansätzen Politik, Verwaltung, Forschung und die Stadtbevölkerung mit ein. Ein enorm wichtiger Ansatz: Denn die Transformation in den Städten gelingt nur, wenn wir die Menschen erreichen und mitnehmen und für die notwendige Akzeptanz für den Wandel in unseren Stadtgesellschaften sorgen.

Parallel dazu liefert das Difu wichtige Grundlagen für strategische Planungen in den Städten. Denn es forscht auch mit Blick in die Zukunft und mit dem Fokus auf Megatrends und langfristige Perspektiven, etwa zu den Folgen von Migrationsbewegungen oder der demografischen Entwicklung. Die Palette der Forschungen des Difu ist breit und orientiert sich immer wieder neu an aktuellen Themen und Bedürfnissen der Städte.

Für Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung wie Energieeffizienz, Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, Ressourcenmanagement und grüne Infrastruktur schaffen die Erkenntnisse des Difu eine wichtige Basis für Kommunalpolitik mit Weitblick.

Das gilt auch für die Themenbereiche soziale Integration mit Wohnraumversorgung, soziale Teilhabe und Integration oder Digitalisierung mit Smart Cities, E-Government, Open Data und digitaler Bürgerbeteiligung. Ein weiterer für Städte und Bevölkerung wichtiger Forschungsschwerpunkt sind die Verwaltungsmodernisierung oder die Rolle von Kommunalparlamenten. Außerdem untersucht das Difu Auswirkungen des demografischen Wandels, damit passende Stadtquartiere entstehen und das Zusammenleben von Jung und Alt in unseren Städten gut funktioniert.

Das Difu nimmt aber nicht nur die Herausforderungen der Städte in den Blick. Städte werden auch selbst zu Forschungsobjekten, etwa wenn statistisches Datenmaterial oder kommunale Quellen ausgewertet und für wissenschaftliche Betrachtungen herangezogen werden. Von der Grundlagenforschung des Difu beispielsweise zur kommunalen Selbstverwaltung, zur Daseinsvorsorge, zu gesetzlichen Rahmenbedingungen und zur Rolle der Städte als Kleinstlabore unserer Demokratie profitieren auch Bund und Länder.

Die Städte, der Deutsche Städtetag und das Difu sind eng verbunden. Als Denkfabrik mit inzwischen 50-jähriger Erfahrung ist das Difu ein unentbehrlicher Ratgeber.

Mit Kongressen, praxisorientierten Seminaren, Fachveranstaltungen und Publikationen

sorgt das Difu zudem kontinuierlich für den nötigen Wissenstransfer in die kommunale Familie. Außerdem fördert es den Austausch, die Zusammenarbeit und die Bildung von Netzwerken von Städten, Forschungseinrichtungen, Verbänden und Unternehmen.

Mit seinem Mix aus Forschung, Beratung, Weiterbildung und Vernetzung trägt das Difu entscheidend dazu bei, dass sich die Städte in Deutschland positiv weiterentwickeln. Kurzum: Wenn es das Difu nicht gäbe, müsste man es erfinden. Als Präsident des Deutschen Städtetages möchte ich dafür zum fünfzigsten Jahr des Bestehens ein herzliches Dankeschön an das Deutsche Institut für Urbanistik senden.

Markus Lewe
Präsident des Deutschen Städtetages und
Oberbürgermeister der Stadt Münster



Zum Jubiläumsheft „50 Jahre Forschung für die Städte“:

➔ <https://t1p.de/Jubilaeumsausgabe>



Bochum: Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet

Um den Folgen des Klimawandels zu begegnen und Klimaneutralität zu erreichen, hat die Stadt Bochum eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Auf rund 400 Seiten sind mehr als 200 Maßnahmen beschrieben. 22 davon sollen aktuell umgesetzt werden. Weitere 15 bis 30 pro Folgejahr sollen hinzukommen. Zum Start geht es u.a. um die kommunale Wärmeplanung, die Ausweitung und Einrichtung von Trinkwasserbrunnen oder den Umbau zur Schwammstadt.

➔ www.bochum.de

Duisburg: App informiert Jogger und Radfahrende über Baukultur

„Laufend Stadt erleben!“ – Unter diesem Motto lässt sich in Duisburg-Wedau die Architektur der Stadt und die örtliche Baukultur mit der App „Sight Running NRW“ erfahren. Der 6,8 Kilometer lange Rundkurs führt durch den Sportpark Duisburg rund um die Regattabahn. Es ist die neueste von insgesamt 38 Routen, die Navigation und Audioguide vereinen. Entwickelt von der Architektenkammer NRW mit Unterstützung des Landessportbundes NRW, der Landesinitiative Baukultur NRW sowie weiterer Partner aus dem Baukultur- und Tourismussektor, richtet es sich auch an Tagungsgäste oder Kurzurlauber.

➔ www.sight-running-nrw.de



Foto: LSB NRW, Andrea Bowninkelmann



Frankfurt am Main: 14. Europäisches Filmfestival der Generationen

Mit den Schwerpunkten Frankfurt am Main, der Metropolregion Rhein-Neckar und Kommunen im Havelland startet am 1. Oktober das 14. Europäische Filmfestival der Generationen. Dieses Jahr umfasst das Gesamtprogramm 28 Filme, davon sieben Festivalpremierer. Ziel des Festivals ist es, mit zukunftsrelevanten Themen die Begegnung und den Dialog zwischen den Generationen und Kulturen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

➔ <https://festival-generationen.de>



Kommunale Wärmeplanung – keine Kleinigkeit

Von Von Helmut Dedy

Kommunale Wärmeplanung first, das ist die richtige Reihenfolge für die Wärmewende. Die Städte wollen eine klimaneutrale Wärmeversorgung vor Ort strategisch angehen. Die Planung ist dabei nur der erste Teil der Mammutaufgabe Wärmewende. Die Umsetzung ist entscheidend.

Wenn Wärmeplanungsgesetz und Gebäudeenergiegesetz zum Jahreswechsel in Kraft treten, dann wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wärmewende getan. Die Städte unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 aus dem Heizen mit fossilen Brennstoffen auszuweichen. Es ist richtig, dass die kommunale Wärmeplanung zur Grundlage für die Wärmewende in den Städten gemacht wird und das Gebäudeenergiegesetz mit dem

Wärmeplanungsgesetz verzahnt werden soll.

Die Städte und ihre Stadtwerke haben am besten im Blick, wo im Stadtgebiet welche Form der Wärmeversorgung sinnvoll ist und ausgebaut werden kann. Und die Menschen müssen wissen, welche Optionen sie künftig bei der Wärmeversorgung haben. Gerade deswegen brauchen wir klare Regelungen und Rechts- und Planungssicherheit für alle Seiten: für die Städte, für Hauseigentümer, die Stadtwerke, die Wohnungswirtschaft oder das Handwerk. Die vom Bund geplanten Leitfäden sind wichtig, um die Anwendung zu erleichtern. Das A und O wird sein, niedrigschwellige Beratungsstrukturen in großem Stil aufzubauen. Vor Ort häufen sich die Fragen: Was mache ich, wenn meine Hei-

zung kaputt geht? Wann kann ich mit einem Anschluss an ein Wärmenetz rechnen? Was kann oder muss ich jetzt schon tun?

Die Kommunikation ist entscheidend

Das vom Bundestag beschlossene Gebäudeenergiegesetz (GEG) mit seinen Vorgaben zum erneuerbaren Heizen gilt für Eigentümerinnen und Eigentümer von Bestandsimmobilien in großen Städten ab 100.000 Einwohner grundsätzlich ab Mitte 2026 und ab Mitte 2028 für alle anderen Kommunen. Hat die Stadt über einen Wärmeplan bereits Gebiete ausgewiesen, für die ein Wärmenetz oder gar ein Wasserstoffnetz ausgebaut werden soll, können die Vorgaben des GEG schon früher vor 2026 bzw. 2028 greifen. Für ausgewiesene Wärmenetzausbaubereiche kommt es etwa darauf an, ob ein Vertrag mit einem Versorger über die Wärmeversorgung über ein klimaneutrales Wärmenetz vorgelegt werden kann.

An dieser Stelle wird die Verzahnung von Wärmeplanung und GEG unübersichtlich und führt auch zu Unwägbarkeiten. So kann sich die Fallgestaltung ergeben, dass je nach Wohnlage die Anforderungen des GEG gelten oder nicht. Wir sehen darin nicht nur kommunikativ eine Herausforderung. Es besteht die Sorge, dass die Ausweisung von Wärmenetzausbaubereichen zurückhaltend angegangen wird. Die Versorger werden bei Ausweisung der Wärmenetzausbaubereiche nicht garantieren (können), dass Wärmenetze zu einem bestimmten Zeitpunkt zu Verfügung stehen, zumal sie am Ende dafür schadensersatzpflichtig haften. Auch besteht die Sorge, dass gerade die Bürgerinnen und Bürger, die die Städte für einen Netzanschluss gewinnen und einplanen, aufgrund von Unsicherheiten eine eigene Lösung über eine Wärmepumpe angehen. Solche Unwägbarkeiten müssen vermieden werden.

Wärmenetze sind eine zentrale Säule

Für die Städte ist der Ausbau der Wärmenetze eine zentrale Säule der Wärmewende. In der Abwärme aus Gewerbe und Industrie, aus Abwasser oder Müllverbrennung steckt enorm viel Potenzial. Unser Ziel sind Fern- und Nahwärmenetze, die klimaneutral, sicher und kostengünstig die Wärmever-

sorgung sicherstellen. Dafür wollen wir gemeinsam mit unseren Stadtwerken die Wärmenetze in großem Stil ausbauen. Der Fernwärmegipfel der Bundesregierung im Juni sollte dafür den Startschuss geben. An diesem Punkt müssen wir aber alle miteinander ehrlich sein: Wenn wir enorme Beträge in die Hand nehmen, um die Wärmenetze auszubauen, dann müssen GEG und Wärmeplanungsgesetz auch den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen, dass die Dekarbonisierung und der Ausbau der Wärmenetze wirtschaftlich machbar sind. Dafür braucht es am Ende eine kritische Masse. Ob diese durch einen Anschlusszwang sichergestellt wird, sollten die Kommunen selbst entscheiden dürfen.

Wir müssen auch über Geld sprechen

Klar ist aber auch, allein werden die Städte die Wärmewende nicht stemmen können. Bund und Länder müssen für eine ausreichende finanzielle Ausstattung sorgen. Die im Klimatransformationsfonds vorgesehenen rund 500 Millionen Euro bis 2028 als Kostenerstattung für die Planerstellung reichen hinten und vorne nicht. Wir reden über rund 10.000 Kommunen, die eine Anschubfinanzierung vom Bund für eine Wärmeplanung bekommen können. Eine Umfrage des Deutschen Städtetages hat gezeigt: Die Städte kalkulieren mit rund 200.000 Euro plus Personalkosten, nur für das Aufstellen der Wärmeplanung. Hochgerechnet für Wärmepläne in allen deutschen Kommunen wären das bis zu zwei Milliarden Euro.

Umgesetzt ist dann noch nichts. Daher muss die Förderung für den Ausbau der Wärmenetze auf 3 Milliarden Euro pro Jahr für die kommenden Jahre aufgestockt werden. Die für 2024 geplanten 800 Millionen Euro des Bundes für die Transformation der Netze werden den notwendigen Schub nicht auslösen können.

Die Städte stehen zu ihrer Verantwortung. Die Wärmewende wird aber nur gemeinsam gelingen.

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag

Deutsche UNESCO-Kommission sucht Beispiele für immaterielles Kulturerbe

Noch bis zum 31. Oktober 2023 läuft die aktuelle Bewerbungsrunde für das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes. Für eine Aufnahme vorgeschlagen werden können Kulturtraditionen und -formen zum Beispiel aus Bereichen wie Tanz, Theater oder Musik aber auch mündliche Überlieferungen, Naturwissen, Handwerkstechniken und Wissen. An dem anschließenden mehrstufigen Auswahlverfahren ist auch der Deutsche Städtetag als beratendes Mitglied des Fachkomitees einbezogen.

➔ <https://t1p.de/kulturerbe-deutschland>



Kampagne zum Vorlesetag am 17. November gestartet

6,2 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Die Stiftung Lesen will dies ändern und wirbt deshalb für die Beteiligung am Vorlesetag und weiteren Projekten. Herzstück der diesjährigen Kampagne sind drei emotionale Filme, die zeigen, was es im Alltag bedeutet, nicht lesen zu können, und was alle gemeinsam tun können, um einen nachhaltigen Wandel zu erreichen: vorlesen.

Filme und alle Informationen zur Unterstützung der Kampagne sind online unter:

➔ www.vorlesenschaftchancen.de
 ➔ www.vorlesetag.de



Difu-Studie: Verkehrsberuhigung sorgt für Entlastung statt Verkehrskollaps

Eine Analyse diverser Studien aus dem In- und Ausland durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) entkräftet die These, dass Verkehrsberuhigungsmaßnahmen den Verkehrskollaps lediglich verlagern würden. Tatsächlich zeigte sich im Rahmen des von der Europäischen Union und dem Bundesforschungsministerium geförderten Forschungsprojekts „TuneOurBlock“, dass vielmehr das Gegenteil auftritt: Wer Straßen in verkehrsberuhigte Zonen umbaut, erntet Lebensqualität und zugleich Mobilität. Die Ergebnisse wurden nun als Difu Policy Paper „Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps“ veröffentlicht.

➔ <https://t1p.de/verkehrsberuhigung>



Wiederwahl



Foto: Andreas Hillmann

Nordhausen: Der amtierende, parteilose Oberbürgermeister **Kai Buchmann** wurde in seinem Amt bestätigt. Buchmann leitet seit 2017 die Geschicke der Stadt Nordhausen.



Foto: Stadt Offenbach, Thomas Lemmitzer

Offenbach am Main: **Dr. Felix Schwenke**, Oberbürgermeister der Stadt Offenbach am Main, wurde wiedergewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2018 an der Spitze der Stadt.

Neu im Amt



Städtetag Schleswig-Holstein: Neue Vorsitzende des Städtetages Schleswig-Holstein ist Neumünsters Stadtpräsidentin **Anna-Katharina Schättiger** (CDU). Sie folgt auf Ulf Kämpfer (SPD), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, der das Amt seit 2018 inne hatte. Schättiger ist seit 2015 Stadtpräsidentin von Neumünster.

Geburtstage



Foto: Tolle Studios

Michael Joithe (parteilos), Bürgermeister der Stadt Iserlohn, feiert am 7. November seinen 50. Geburtstag. Er steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Iserlohn.



Foto: SVF, Detlev Müller

Oberbürgermeister **Sven Krüger**, Universitätsstadt Freiberg, wird am 31. Oktober 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat hat das Amt seit 2015 inne. Er engagiert sich seit 2016 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: KD BUSCH.COM

Der langjährige Oberbürgermeister von Sindelfingen, **Dr. Bernd Vöhringer**, begeht am 24. Oktober seinen 55. Ehrentag. Der Christdemokrat steht bereits seit 2001 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2002 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de